

glänzend durchgeführt. Aber auch diese beiden Länder werden andere Mittel zur Beeinflussung der Wälder suchen müssen, denn ihr bisheriges Verfahren ist nicht mehr neu genug und sein Geheimnis gelichtet. Wir können gewiss sein, daß sie neue Wege finden werden und daß wir in deren Erkenntnis einen Vorteil zu spät kommen werden.

Wir dürfen jedoch herab die Propaganda der Latente betreiben, wie wir sie vor und während des Krieges durchführten, durch Ehrlichkeit und Sachtlichkeit aller Leistungen auf wirtschaftlichen wie wissenschaftlichen Gebiet uns auszeichnen.

Wir müssen durch die Qualität siegen wie bisher.

J. v. B.

Polnische Annäherung ohne Ende

Was mit Ausnahme Herrn von Westmann Sollwegs und seines politischen und publizistischen Gefolges jeder einzelne im deutschen Volk als ein Unabweisbares hatte kommen sehen, ist über alles Erwarten idiosyll zur Wirklichkeit gekommen: Welt davon erkennt, die Polen zur Verantwortlichkeit zu bringen, hat die Erklärung vom 8. November 1916, durch welche die Errichtung eines selbständigen Königreiches Polen in die Wege geleitet wurde, seitlich dazu geführt, auf polnischer Seite ein Maß von offener Feindschaft gegen die Mittelmächte, namentlich gegen Deutschland, zu ergreifen, über dessen Umfang man sich nach den Vorgängen der letzten Tage keinem Zweifel mehr hinzugeben braucht. Was in den verschiedenen Umgebungen des polnischen Regiments, der Warschauer Regierung, des österreichischen Botschafters und nicht zum wenigsten auch in den Reichs- und Landtagskreisen einiger reichsdeutscher polnischer Abgeordneter zum Ausdruck kam, war, gelinde und höflich ausgedrückt, eine so offene Kriegserklärung an das Deutsche Reich und Volk, eine so unumverläßliche Annäherung weltweiter Antriebe auf reichsdeutsche Gebiet, als jeder Gedanke an die Möglichkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reich und dem jungen Königreich als heller Wahnsinn abgesehen werden muß. Willst du — aber auch nur nicht leicht —, daß diese bedauerliche Entwicklung vermieden werden wäre, wenn man die Polen erzwungen hätte, sich das selbständige Königreich auf der Schulter mit uns einzulassen, eine Strafe zu verdienen, d. h. also, wenn man es verstanden hätte, sie planmäßig zu einem Gefühl der waffenbrüderlichen Zusammengehörigkeit mit uns zu erziehen.

Aber im geradezu umgekehrten Verhältnis zu ihren eigenen Beständen fanden ihre Anträge. Es genügt ihnen nicht ein Königreich Polen, etwa in dem Umfange von Danzig, Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Estland, Ostgalizien, das sich Schmalen Land und wenn es gute Teile des russischen Reiches fallen sollten zu ihrem Staat angegliedert werden. So, nicht einmal vor dem schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-gelben Grenzpaar machen ihre Träume Halt, und bis zur Ostsee wollen sie sich die schützende Hand. Man braucht nicht einmal auf die beiden der Neben eine Sendung und fürchten sich zu sehen, ihre Worte sind leer von Dankbarkeit, leer von Wirklichkeitsinn, aber desto voller von Vorwürfen, Anklagen und Angriffen. Den Vertrag mit der Ukraine nennen sie „ein Instrument der Ungeheuerlichkeit“ und mit ebler Dreistigkeit verlangen sie die Nichtannahme dieses Vertrages. Was würden sie sagen, wenn wir Deutsche mit dem besten Willen der Erde und der Handmühsamkeit erfordern, daß alle die Gebiete, die in Ostpreußen und in der Schweiz von Deutschen bewohnt werden, als Deutsche Reich angegliedert werden?

Mit gebührender Schärfe hat die Reichsregierung, haben deutsche Reichstagsabgeordnete diese Annäherung des Volentums in und außerhalb Deutschlands zurückgewiesen, vor allem die Abgeordneten Graf Westarp und Dr. Stresemann. Selbst der Vorführer der Fortschrittspartei betonte, daß der Reichstag eine deutsche Volksvertretung ist, inwieweit seine Rede im übrigen, wie alle die Reden der Reichstagsabgeordneten, reichlich von Vergleichungen, die sich logisch zur Ablehnung militärischer Forderungen heigerten, durchsetzt war, wird die Kritik der Handmühsamkeit verständlich. Sinn und Bild für deutsche Ehre und deutsche Wahrung haben, war das zusammenfassende vernichtende Urteil aus der Seele hervorgegangen. Dr. Stresemann treffend in die Worte leitete: „Die Polen haben keine polnische Armee für Deutschland gegen Ausland aufgebracht. Nun wollen sie eine polnische Armee für Ausland gegen die uns bedrohende Ukraine aufbringen. Das ist unzulässig.“ Ehrwürdiger Beifall und Geknurren, auch auf den Erbkönigen, auftrifft für diese deutsche Antwort. Dennoch wird die polnische Annäherung nach wie vor aller Vernunft und aller Dankbarkeit hohn.

Die erste schwarze Liste des amerikanischen Kriegshandels

Amsterdam, 22. Febr. „Allgemeines Handelsblatt“ erzählt, daß das Kriegshandelsamt der Vereinigten Staaten die erste namentliche Liste der feindlichen Firmen, ungefähr 1600, in Süd- und Mittelamerika veröffentlicht, mit denen, außer wenn besondere Erlaubnis erteilt wird, der Handel verboten ist. Das Gesamtvermögen in der Liste enthaltenen Firmen wird auf 300 Millionen Dollar geschätzt. Die Liste führt Brasilien und Mexiko enthält mehr als 300 Namen. Die meisten Firmen sind deutsche, einige sind englische, spanische, französische und portugiesische.

Um dem Handel aber keine Schwierigkeiten zu machen, wird, wie das Kriegshandelsamt mitteilt, eine klassifizierte Liste nichtfeindlicher Firmen veröffentlicht, die dieselben Waren herstellen, wie die in der schwarzen Liste enthaltenen. Gleichzeitlich sind alle amerikanischen Konsuln beauftragt worden, Untersuchungen vorzunehmen, um die schwarze Liste zu vervollständigen.

Amerikanische Propaganda gegen Deutschland

Amsterdam, 22. Febr. „North Sea Post“ verbreitet folgende Central News-Meldung aus Washington: William Churchill. Chef der fremdsprachlichen Publikationsabteilung erklärte in der Kommission des Abgeordnetenhauses, die Neutralität des deutschen Volkes gegen seine Regierung werde schließlich durch eine Propaganda, die die Vereinigten Staaten im Verein mit Frankreich betrieben, untergarben. Größere, besser organisierte Streiks in ganz Deutschland seien für den Welt...

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. Februar 1918.

Im Bundesratsrat v. Bayer, Wallraf, Dr. v. Krause, Abgeordneter Dr. Baaske eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Eingegangen war ein Danktelegramm des Königs von Bayern auf die Glückwünsche des Reichstages zum Goldenen Hochzeit.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung des schließlichen Antrages Albrecht und Genossen (Unabh. Soz.) betreffend Haftentlassung des Abg. Dittmann.

Abgeordneter Dr. Baaske: Ich möchte darauf hinweisen, daß dieser Antrag rein geschäftsmäßig zu behandeln ist. Eine Befreiung des rechtskräftig genormenen Urteils ist nicht zulässig.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Die Befreiung der Haft ist nicht zulässig. Es ist notwendig, das Haus in die Lage zu versetzen, zu beurteilen, ob die Immunität des Abgeordneten auch in diesem Falle eintreten soll, sonst ist unsere Abstimmung eine bloße Farce.

Abgeordneter Dr. Baaske: Ich erlaube dem Redner, sich fürger zu fassen, es stehen ihm nur fünf Minuten Redezeit zur Geschäftsordnung zu.

Abg. Haase (fortfahrend): Wenn Sie nicht die Motive der Beratung kennen, so geschieht dem verurteilten Abgeordneten und der Würde des Reichstages sehr Unrecht.

Abgeordneter Dr. Baaske: Sie vermögen mich dagegen, aus der Verhandlung eine Farce zu machen und gegen die Würde des Hauses zu verstoßen. Es handelt sich lediglich darum, ob § 31 der Verfassung in diesem Falle eintreten und Abg. Dittmann aus dem Gefängnis entlassen werden soll.

Abg. Hersfeld (Unabh. Soz.): Das Haus kennt die Vorgänge gar nicht. (Der Abg. Ledebour wurde wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen, großer Lärm.) Die Wahrung der Immunität ist eine der höchsten Rechte des Reichstages.

Abgeordneter Dr. Baaske: Eine politische Debatte soll nicht stattfinden. Die Frage ist rein geschäftsmäßig zu behandeln.

Abg. Ebert (Soz.): Ich bitte den Redner, die Erörterung nicht gar zu eng zu geben. Wir wollen die Streitfragen nicht erörtern. Den Antragstellern muß aber die Möglichkeit gegeben werden, den Sachverhalt darzulegen.

Abg. Grober (Centr.): Ich schließe mich der Auffassung des Präsidenten an, daß der Antrag nur geschäftsmäßig zu behandeln ist.

Abg. Dr. Jung (Natl.): Auch wir sollen den Vorschlag des Präsidenten tun.

Abgeordneter Dr. Baaske: Ich kann eine weitere Geschäftsordnungsdebatte nicht zulassen. (Großer Lärm bei dem unabh. Soz.; Abg. Haase meldete sich zum Wort, doch ihm aber nicht erteilt wurde.) Ich nehme den Ordnungsruf gegen den Abg. Ledebour als irrig erfolgt an.

Abg. Hersfeld (Unabh. Soz.) (zur Sache) gab eine Darstellung der Vorgänge beim Prozeß Dittmann und der vorausgegangenen Ereignisse. Als er auf das Urteil des Kriegsgerichts zu sprechen kam, wurde er vom Abgeordneten Dr. Dove ermahnt, davon abzugehen. Der Redner fuhr fort: Die Arbeiter waren durch Herrn Wallraf gefangen, die Strafe zu geben. Zur Verleumdung des Vaterlandes waren sie gut genug. Ihr Recht verlor ich nicht finden. Da wurden sie mit Ekel und Wutien behandelt. (Lärm rechts: Wer hat den Rednermeister erschossen und die Strohbomben waren ungenügend?) Ein ordentliches Gericht würde ein anderes Urteil gefällt haben. (Abgeordneter Dr. Dove: Das ist eine Kritik des Urteils, die nicht stattfinden soll.) Es ist schwer über diese Dinge zu reden, wenn man derartig bedrängt ist, wie ich. (Großes richtiges Geleiserl.)

Staatssekretär Dr. Wallraf: Trotzdem der Abg. Dittmann wußte, daß ihm jede Zeilezeit unterlag, war, hielt er im Reichstag Wort. Eine Anrede, leitete der Redner über und wurde verlesen. Gegen ein rechtskräftiges Urteil kann der Reichstag ein Mitschlag nicht schicken. Unter der Not und dem Ernst des Krieges leiden wir alle, namentlich auch der Mittelstand und die Beamten; es geht nicht an, den Arbeiterstand einseitig zu lösen. (Großes richtiges rechts.) Das unzulässig geflossene Blut floss in den Adern eines Polizeibeamten. Der erste Schuß fiel aus der Wange. (Lärm: Wo wem? Schieß!) Wir wissen den Polizeibeamten, die ihre Pflicht getan haben. Dank. (Lärm.) Wollen wir aus dem Mitleid herauskommen, so müssen wir zu ganz anderen Mitteln greifen als zu Streiks. Stimmen Sie (zu den Unabhängigen) dem Friedensvertrag mit der Ukraine zu, damit bitten Sie den Frieden besser, als mit dieser Debatte. (Beifall.)

Abg. Ebert (Soz.): Den Arbeitern Moral zu predigen, steht der Regierung nicht zu. Gegen das Verfahren und das Urteil im Prozeß Dittmann legen wir schriftlichen Protest ein. Der Antrag auf Haftentlassung ist gerechtfertigt.

Abg. Müller-Meinungen (Fortf. Vt.): Wir müssen den Antrag ablehnen. Es handelt sich um ein schwerendes Strafverfahren.

Staatssekretär Dr. v. Krause: Es besteht kein Recht, die Haftentlassung des Abg. Dittmann zu verlangen. Staatssekretär Dr. Wallraf mußte auf die gegen die Regierung gerichtete Angriffe des Abg. Hersfeld antworten. Wir beurteilen die Frage als reine Rechtsfrage. Die Verfassung liegt ganz klar, daß die Immunität zu wahren ist, wenn es sich um ein Verfahren und nicht um ein Urteil handelt. Würde der Reichstag trotzdem die Haftentlassung verlangen, so würde der Reichskanzler kein Recht haben, diesem Verlangen nachzugeben.

Abg. Grober (Centr.): Der Abg. Ebert hätte nicht gegen das Urteil und das Verfahren schriftlichen Protest einlegen sollen, sondern gegen die Handlungsweise Dittmanns. Wir haben den Antrag ab.

Gegen den Antrag wachen noch die Abg. Dr. v. Witt (Centr.), Dr. Jung (Natl.) und Dr. Wahn (D. Fr.).

Abg. Haase (Unabh. Soz.) hat nochmals den Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. v. Laszewski (Natl.) stimmte dem zu. Darauf wurde der Antrag auf Haftentlassung des Abg. Dittmann gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen abgelehnt.

Es folgte die zweite Lesung des deutsch-ukrainischen Friedens- und Aufgabentrages.

Abg. Brins zu Schmitt-Gesellsch. (Natl.)

über die Verhandlungen des Ausschusses und Entschloßnahme der Beratungen.

Abg. Dr. Wauer-Kaufmann (Centr.): Es ist möglich, daß die Regierung die Vorteile aus der Ukraine ohne Schaden zu sichern und zwar außer Getreide auch Flachs, Seidenraupen und Erze. Der Warenexport darf aber nicht bürokratisch organisiert werden, wie es im Vertrage vorgesehen ist.

Abg. Witt-Christen (Natl.): Zur schnelleren Erfüllung der Vorteile ist schnelle Errichtung der Ukraine durch Wirtschaftliche Folgen für Deutschland notwendig.

Abg. Graf Garmar (Centr.): Ich möchte ausdrücklich für die Ukraine nach dem freien Handel möglichst weiten Spielraum gelassen werden. Dieses System kommt sich selbst am besten, als der reglementierte Handel.

Der Friedensvertrag wurde hierauf in zweiter Lesung angenommen. Beim Aufgabentrag forderte Abg. Wauer-Kaufmann (Centr.), daß Vorkontrollen getroffen werden gegen eine entwicklungsmäßige Entzerrung von Kolonialwirtschaft in der Ukraine.

Abg. Colshorn (D. Fr.) stimmte dem zu.

Ministerialdirektor Dr. Krieger: Es ist verständig, die Festsetzungen, durch eine angemessene Entschädigung für Einwirkungen einzutreten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Graf Garmar (Centr.) und Hans-Strickland (Fortf. Vt.) wurde der Aufgabentrag in zweiter Lesung angenommen.

Es folgte sofort die dritte Lesung.

Abg. Scheidemann (Soz.): Unsere Bedenken gegen die Abgrenzung der Ukraine und Groß-Polen sind bereits ausgeprochen. Trotzdem stimmen wir dem Vertrag zu, weil jeder Friedensschluß die Position der Streitparteien klärt.

Abg. Hildebrand (Fortf. Vt.): Wir stimmen dem Vertrag zu und hoffen, daß bald die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen mit der Ukraine aufgenommen werden können. Wir sprechen den Männern, die in diesem Aufgabentrag mitgearbeitet haben, unseren Dank aus; sie sind im Kampf, das Friedenswerk fortzusetzen, um auch mit Zustimmung der Obersten Seeresleitung, die uns die Möglichkeit, die Friedensschlüsse zu schaffen und den Gegnern in der Welt zu zeigen, hat, daß die Deutschen sich nicht verhalten können. Wir wünschen der jungen, ukrainischen Republik vom Herrn Graf, namentlich aber dem deutschen Vaterland, daß es bald ein neues abzuweilen und gerechtes Frieden komme. (Beifall.)

Abg. Stadel (Natl.): Die polnische Reaktion erweist vor Schmerz anerkennendes Bittgesuch. Er bekennt die Teilung Polens. Die Polen sind nicht als Fremdvölker in Deutschland betrachtet und als Bürger anderer Nationen handelt worden. Die Polen haben ihre Pflicht im Krieg getan.

Die österreichisch-ungarischen Streitkräfte

Wien, 22. Febr. „Ingenieurzeitung“: Zu Beginn der Sitzung erklärte Ministerpräsident Ritter v. Seiner, daß die Streitkräfte in den Wäldern eine aktive Verteidigung, die, wenn auch, was gegenwärtig das Schicksal der österreichisch-ungarischen Streitkräfte ist, aber sich verändernd, in der Debatte österreichischer Abgeordneter, hinsichtlich dieses Kommissars teilweise zu unterschiedenen Auffassungen geführt hat. Die Diskussion möchte ich drei kurze Bemerkungen vorbringen. Die Diskussion am 19. Februar erklärte, bezüglich des Österreichischen nicht an der militärischen Aktion (Beifall), die gegenwärtig mit Deutschland gegen Ausland geführt wird. (Beifall.) Der Vertrag österreichisch-ungarischer Streitkräfte in der Ukraine, mit dem wir im Friedensverhältnis stehen, erregt nicht. Das war ein unzulässiger, heißt der österreichische Ministerpräsident, die Verhandlungen beginnen in den nächsten Tagen. (Beifall.) Das heute fest ist, daß die erste Lesung des Abtrags, bevorzugen fort.

Die internationalisierte Konferenz beizumachen

London, 22. Febr. Das Reutersche Büro meldet, daß nach Ansicht der Regierung eine internationalisierte Konferenz in London am 23. Febr. stattfinden wird. Die Konferenz wird sich über die einzelnen Fragen, die später der Konferenz vorzulegen werden, beraten sollen.

Bulgarischer Seeresbericht

Sofia, 22. Febr. Generalstabbericht vom 20. Februar: Nach dem Bericht der bulgarischen Seereschiffe, die unsere Küsten mehrere französische Infanterieeinheiten, einen Eisenbahnzug und am Dobruja-Landzug in Feuererfälle. In der Bulgarien-See und am bulgarischen Meeresschutz der bulgarischen Küsten. Im letzten Zeitraum-Zahl lebhafteste Seereschiffe unter Feuer.

Dobruja-See: Waffenstillstand

Frankfurter Seeresbericht

Frankfurt, 22. Febr. Nach dem Bericht der Frankfurter Seereschiffe, die unsere Küsten mehrere französische Infanterieeinheiten, einen Eisenbahnzug und am Dobruja-Landzug in Feuererfälle. In der Bulgarien-See und am bulgarischen Meeresschutz der bulgarischen Küsten. Im letzten Zeitraum-Zahl lebhafteste Seereschiffe unter Feuer.

Italienischer Seeresbericht

Rom, 22. Febr. Nach dem Bericht der italienischen Seereschiffe, die unsere Küsten mehrere französische Infanterieeinheiten, einen Eisenbahnzug und am Dobruja-Landzug in Feuererfälle. In der Bulgarien-See und am bulgarischen Meeresschutz der bulgarischen Küsten. Im letzten Zeitraum-Zahl lebhafteste Seereschiffe unter Feuer.

Englischer Seeresbericht aus Westindien

London, 22. Febr. Nach dem Bericht der englischen Seereschiffe, die unsere Küsten mehrere französische Infanterieeinheiten, einen Eisenbahnzug und am Dobruja-Landzug in Feuererfälle. In der Bulgarien-See und am bulgarischen Meeresschutz der bulgarischen Küsten. Im letzten Zeitraum-Zahl lebhafteste Seereschiffe unter Feuer.

